

**Papier der Caritas in Niedersachsen  
zum Thema „Engagementförderung“  
anlässlich der bevorstehenden Bundes- und Landtagswahlen  
im September 2017 bzw. Januar 2018**



---

**Vorbemerkungen:**

Der Freiwilligensurvey 2014 stellt fest, dass die Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zwischen 1999 und 2014 den höchsten Zuwachs an Engagierten zu verzeichnen haben. Niedersachsen liegt über dem Bundesdurchschnitt und ist im Norden „Spitze“. Nahezu jeder zweite in Niedersachsen lebende Mensch über 14 Jahre engagiert sich (46,2 %). Umgerechnet sind dies 3,24 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Bei der ersten Erhebung 1999 lag die Zahl noch bei 31 %. Beachtlich sind die Zahlen auch deshalb, da zum Zeitpunkt der Erhebung niemand ahnen konnte, wie viele Flüchtlinge nach Deutschland strömen würden.

Freiwilliges Engagement ist sozial sichernd, gemeinschaftsbildend und Demokratie fördernd. Auf dieser Grundlage stellen wir die nachstehend aufgeführten Forderungen:

**Unsere engagementpolitischen Forderungen auf Bundesebene:**

**1.) Wir erwarten die Verabschiedung eines Engagementförderungsgesetzes.**

Darin müssen verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement benannt werden, die zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmt sind.

Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck der Freiheitsrechte Einzelner und verbessert ihre Chancen für eine selbstbestimmte Teilhabe in der Gesellschaft. Der Staat muss hierfür verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die Engagement selbstorganisiert und selbstbestimmt ermöglichen, statt es zu regulieren, zu verzwecken und auf die Einwerbung ständig neuer Projektförderungen zu verweisen. (*Quelle: Sozialpolitische Themen, DCV*)

**2.) Wir benötigen mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Teilhabe  
sowie die Stärkung von sozialer Inklusion und Vielfalt.**

Das heißt vor allem auch, bürgerschaftliches Engagement für alle zu ermöglichen, unabhängig von Nationalität, Konfession, Bildungsstand und gesundheitlichen Einschränkungen.

**3.) Wir drängen auf eine bessere Ausstattung der Infrastruktureinrichtungen zur  
lokalen Engagementförderung.**

Hiermit sind insbesondere die Fortsetzung des Bundesförderprogramms Mehrgenerationenhäuser und die nachhaltige Förderung der Freiwilligenzentren gemeint, deren Beratungs- und Qualifizierungsleistungen einen wertvollen Beitrag für das Zusammenleben darstellen.

**4.) Wir fordern die Aufhebung der Doppelfunktion des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) als koordinierende Behörde und Zentralstelle für den Bundesfreiwilligendienst.**

Das BAFzA ist einerseits koordinierende Behörde des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst (Anerkennung von Einsatzstellen, Vertragspartner der Bundesfreiwilligendienstleistenden, Organisation der politischen Bildung) und damit auch Aufsichtsbehörde über die Zentralstellen. Zum anderen ist es gleichzeitig selbst größte Zentralstelle. Diese Doppelrolle verletzt das Subsidiaritätsprinzip.

Im FSJ arbeiten die meisten Zentralstellen mit angeschlossenen Trägern, dieses bewährte Prinzip sollte im Bundesfreiwilligendienst auch angewandt werden.

**5.) Das Sonderprogramm nach § 18 BFDG sollte in eine Regelförderung überführt werden, insbesondere zur Ermöglichung eines Freiwilligendienstes für Menschen mit besonderem Förderbedarf.**

Es ist originäre Aufgabe des Bundes, geeignete finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die jedem einen Freiwilligendienst ermöglichen.

**Unsere engagementpolitischen Forderungen auf Landesebene:**

**1.) Wir fordern das Land Niedersachsen auf, Engagementförderung dauerhaft anzulegen, auch über den Themenschwerpunkt „Flüchtlingshilfe“ hinaus.**

Die aktuelle Förderung des lokalen ehrenamtlichen Engagements für geflüchtete Menschen durch Landesmittel ist ein erster Weg. Hier fehlt es aber an langfristiger und ressortübergreifender Förderung.

**2.) Wir erwarten eine Weiterentwicklung der Engagementstrategie des Landes.**

In diesem Kontext geht es um ressortübergreifende Vernetzung, sowie um eine sozial-räumliche Ausrichtung und interkulturelle Öffnung der Engagementförderung als Querschnittsaufgabe.

**3.) Die Nutzung sozialer Medien und des Internets muss im Kontext des Freiwilligenengagements verstärkt in den Fokus genommen und nutzbringend weiterentwickelt werden.**

Eine immer größere Rolle wird die Nutzung der sozialen Medien und des Internets spielen, um neues Engagement zu generieren und zu organisieren.

Der Caritasverband Osnabrück hat beispielhaft die **Anpacker-App** entwickelt, die Angebot und Nachfrage von Sach- und Zeitspenden lokal zusammenbringt. Die App steht trägerübergreifend zur kostenlosen Nutzung und in enger Anbindung an die Freiwilligenagenturen zur Verfügung. Sie wurde jetzt in die Projektliste des Niedersächsischen Zukunftsforums aufgenommen, die im Oktober dem Ministerpräsidenten vorgestellt wird.

Osnabrück, den 17.07.2017  
gez. E. Jacobs und G. Sandfort